



NIEDERSCHRIFT

über die 26. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 14.08.2012,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:55



Anwesenheitsliste

SPD

Dr. Maximilian Ingenthron

CDU

Theo Kautzmann

Vertreter f. Fr. Berger

Peter Lerch

SPD

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

CDU

Rudi Eichhorn

SPD

Klaus Eisold

CDU

Andreas Hott

Rolf Morio

SPD

Günter Scharhag

Vertreter f. H. Ludwig

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Schröer

FWG

Hans Volkhardt

FDP



Jochen Silbernagel

UBFL

Bertram Marquardt

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Berichterstatter

Christine Baumstark

Marika Denzer

Manfred Ecker

Claus Eisenstein

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Berichterstatter

Stefan Joritz

Hans-Joachim Malo

Martin Messemer

Carina Treitz

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Schriftführer/in

Stefanie Schuster

Entschuldigt



SPD

Kurt Ludwig

Vertreter Herr Scharhag

CDU

Heidi Berger

Vertreter H. Kautzmann



Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/087/2012
3. Förderung des Projektes "Jugendscout"
Vorlage: 510/040/2012
4. Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 1. März 2012
Vorlage: 510/039/2012
5. Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar, Anhörung gemäß § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) Rheinland-Pfalz
Vorlage: 610/177/2012
6. Informationen



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt war nichts zu protokollieren. Es waren keine Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3
Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 01. August 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Förderung des Projektes "Jugendscout"

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 16. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Sitzungsvorlage. Er berichtet, dass im Jugendhilfeausschuss die Arbeit des Jugendscouts dargestellt wurde. Bei einer 70 %igen Förderung ist er der Meinung, dass das Geld gut angelegt ist.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Weiterführung des Projektes „Jugendscout“ zu, solange die Mitfinanzierung durch ESF- und Landesmittel zu 70% sichergestellt ist.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes zum 1. März 2012

Der Vorsitzende verweist auf die Sitzungsvorlage des Jugendamtes vom 16. Mai 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er begrüßt die positive Umsetzung des Kindertagesstättenbedarfsplanes der Stadt Landau und gab das Wort an Bürgermeister Hirsch.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Sitzungsvorlage, welche in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses ausführlich beraten wurde. In diesem Bereich wurde in den letzten 10 Jahren viel getan. Der Rechtsanspruch der 2-Jährigen ist zu fast 100 Prozent abgedeckt. Bei den 1-Jährigen und unter 1-Jährigen sind noch einige Anstrengungen nötig. Nach heutiger Sicht werden sie es schaffen, den Rechtsanspruch zu erfüllen. Zum einen trägt hierzu die weitere kommunale Kindertagesstätte „Die Wilde 13“ dazu bei, ebenso aber auch die Bereitschaft der anderen Träger, ihre Einrichtungen für die Zukunft fit zu machen. Dankenswerterweise stellen sie derzeit eine Bewegung bei den kirchlichen und freien Trägern fest, so dass sie in der Situation sind, auszuwählen, mit wem sie Projekte in Zukunft realisieren werden. Mit den freien und kirchlichen Trägern ist es ein gutes Miteinander, so dass sie hoffen, dass sie gemeinsam bis zum Jahr 2013 starten können. Aus diesem Grund werden sie im Nachtragshaushalt verschiedene Maßnahmen zur Realisierung und zur Einstellung vorschlagen. Da die Fördergelder nur bis ins Jahr 2013 sicher sind und um nicht am Ende das Nachsehen zu haben, möchten sie sich dadurch diese auch tatsächlich sichern. Ob es am Ende noch eine Veränderung der Förderrichtlinien gibt, ist momentan nicht abzusehen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass die städtischen Einrichtungen für soziale Wertevermittlung stehen. Er ist hochbefriedigt, dass es heute keinen Widerspruch mehr zwischen den sog. harten und weichen Standortfaktoren gibt. Man kann heute sehen, dass die Kindergarten- und Schulsituation und das kulturelle Angebot in einer Stadt auch harte Standortfaktoren sind und dass mit Blick auf die Ansiedlungsgespräche von Seiten der Stadt ein Komplettangebot gemacht werden kann.

Ratsmitglied Lerch hält dies für eine rechtliche Verpflichtung, insofern ist Landau auf einem guten Weg. Er sprach seinen Dank an den Dezernenten und den Leiter des Jugendamtes aus. Die Stadt Landau liegt in Rheinland-Pfalz ganz vorne und hat die beste Betreuungsquote.

Ratsmitglied Thiel dankte für die geleistete Arbeit. Trotz der atypischen demographischen Entwicklung in der Stadt ist man auf gutem Weg, auch für die zukünftigen Aufgaben, insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit mit den freien Trägern. Große Sorge bereitet jedoch die aktuelle Situation der Fachkräfte. Er appelliert an die große Politik, umgehend dafür Sorge zu tragen, dass gut ausgebildete Erzieherinnen zur Verfügung stehen.

Ratsmitglied Eisold begrüßt einerseits die Vielfältigkeit des Angebotes, andererseits könnten die Einrichtungen aus Sicht der Betroffenen gebündelt werden. Zu den Ganztagsplätzen kritisiert er, dass die meisten Kindergärten nur bis 16.30 Uhr geöffnet haben. Dies sei für Eltern, die den ganzen Tag arbeiten müssen nicht einzuhalten. Sehr gut findet er, dass das Subsidiaritätsprinzip wieder ins Laufen kommt und dass die freien Träger, welche sich zurückgezogen haben, wieder aktiver werden.

Ratsmitglied Volkhardt wies darauf hin, dass die Stadt mit ihrer Verantwortung eine Herkulesaufgabe zu stemmen hat. Auf der einen Seite sei man auf einem guten Weg. Jedoch fragen sie sich, wann man an der Grenze des Machbaren angelangt ist. Die Förderung der Kinder in den Kita's ist ihrer Meinung nach nur begrenzt möglich. Man kann und soll den Familien diese Aufgabe nicht nehmen. Als sinnvoll erachten sie die Stärkung der Familie zur Wahrnehmung der Erziehung ihrer Kinder. Die Kommunen sind an ihrer Leistungsgrenze bald angelangt, hinzu kommt noch der Personalmangel. Die FWG hat sich früher schon für einen einkommensabhängigen Kindergartenbeitrag ausgesprochen. Sie halten es



nicht für unbedingt erforderlich, alles zum Nulltarif anzubieten. Die Stadt ist mit der Fortschreibung des Kindertagesstättenbedarfsplanes auf einem guten Weg, seine Aufgaben zu erfüllen.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig der Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung zum 1. März 2012 zu. Die entsprechenden Mittel werden zum Nachtrag 2012 und zum Haushalt 2013 angemeldet. Der Bedarfsplan ist als Anlage beigefügt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Einheitlicher Regionalplan Rhein-Neckar, Anhörung gemäß § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz (LPIG) Rheinland-Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 01. August 2012, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn begrüßt die Zusammenarbeit der Südwestbundesländer, was die Rangordnung und Weiterentwicklung betrifft. Ausgelegt ist dieser Plan auf einen Planungszeitraum von rund 15 Jahren. Dies bedeutet, dass er sehr wahrscheinlich erst in 7 bis 8 Jahren greifen wird. Sie werden versuchen, in diesem Zeitraum etwas zu unternehmen, da es sein könnte, dass der Beschluss kleine Arrondierungs- oder Lückenbereiche in den Stadtteilen und in der Kernstadt peripher aber auch innerörtlich zuzulassen, in Gefahr ist, da dies möglicherweise in dem Plan mit aufgenommen wird. Jedoch weiß man noch nicht, ob positiv oder negativ. Er hofft, dass dieser Beschluss auch weiterhin umgesetzt werden kann und sie werden sich in den nächsten 7 bis 8 Jahren bemühen, dass einige Stadtteile sich stark machen und daran beteiligen. Andererseits ist es gut, dass sich die Stadt dafür einsetzt, dass die Kommunen bezüglich der Standortfrage von Windkraftanlagen ein größeres Mitspracherecht erhalten. Die CDU-Stadtratsfraktion bittet die Stadt, beim Regionalverband zu versuchen, darin aufgenommen zu werden. Wenn in einigen Jahren dieser beschlossene einheitliche Regionalplan Rhein-Neckar die rechtsverbindliche Entwicklungsgrundlage für die 3 Südwestbundesländer bildet und damit die Generallinie vorgibt, muss es dabei immer noch möglich sein, dass nicht alles bis ins kleinste Detail wegedementiert wird, sondern dass auch weiterhin lokalbezogene strukturell bedingte Sonderregelungen möglich sind.

Ratsmitglied Marquardt wies auf Seite 3 der Sitzungsvorlage hin. Hier wird bemängelt, dass bis heute keine Stellungnahmen seitens der Bürger vorgetragen wurden. Die Anhörung fand im Zeitraum vom 11.06. bis 20.08.2012 statt. Hierzu gab es lediglich eine kleine Mitteilung in der Presse. Er hätte sich gewünscht, dass man dies mehr publik macht. Sie sehen es kritisch, dass der Bebauungsplan D 9 bis zur A 65 erweitert werden soll, da es ihrer Meinung nach bei der Vermarktung des Gewerbegebietes Probleme gibt. Um zukünftige Entscheidungen zu treffen, ist für ihn die Vermarktungsquote wichtig. Die Kommunen stehen in einer gewissen Konkurrenz zueinander. Die Windenergie auf dem Taubensuhl sieht die UBFL-Fraktion als kritisch an, da ihnen das Gebiet zu sensibel ist. Zur Nutzung von ertragsschwachen landwirtschaftlichen Flächen hätten sie sich gewünscht, dass man konsequenter nein dazu sagt. Aus seinem Empfinden heraus meint er, dass landwirtschaftliche Flächen für Solarparks nicht geeignet sind.

Der Vorlage stimmen sie insbesondere wegen der Erweiterung des Bebauungsplanes D 9 nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schröer fehlt in der Sitzungsvorlage der Bereich Verkehr. In dem Regionalplan wurden viele Maßnahmen geschildert. Eine Positionierung von Seiten der Stadt Landau hält sie für angebracht.

Beim Ausbau der B10 sprechen sie sich für einen 3-spurigen Ausbau aus.

Zum Thema „Erschließung von Bauland“ stellt Ratsmitglied Volkhardt fest, dass es einen Bedarf von Wohnungsflächen und Bauland gibt. Die Verwaltung spricht in ihrer Vorlage von einer Arrondierung der Siedlungsfläche. Sie sind jedoch der Meinung, dass die Möglichkeit, kleinere Neubaugebiet zu erschließen, gegeben sein müsste.

Wegen der Aufstellung von Windrädern haben sie zur Windenergie große Bedenken. Diese Bedenken teilen sie nur bedingt, da es sich bei der Windkraft um die effektivste und alternativste Energieform handelt.

Einer interkommunalen Abstimmung stimmen sie ebenso zu, wie einer Einzelfallprüfung bei der Solarenergie.



Als Ergebnis bei der Aufstellung des Regionalplanes legen sie Wert darauf, dass man sich in der Entwicklung hinsichtlich der Erschließung von Bauland und der Energiequellen nicht selbst einengt. Die FWG-Stadtratsfraktion stimmt der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel spricht sich ebenfalls für einen einheitlichen Regionalplan aus. Die FWG-Stadtratsfraktion geht auch in die Richtung „Bauland“, da sie ebenfalls der Ansicht sind, dass es gewisse Möglichkeiten der Erweiterung und Arrondierung geben sollte. Ebenso sollte man bei den gewerblichen Flächen darauf achten, dass es keine Einschränkungen gibt. Bei der Windenergie sind sie geteilter Meinung. Hier sollte man mit Bedacht herangehen. Die FWG-Stadtratsfraktion stimmt der Vorlage zu.

Ratsmitglied Kautzmann teilt die Meinung der UBFL-Stadtratsfraktion zur Ansiedlung im Gewerbegebiet nicht. Was das Angebot von Gewerbeflächen betrifft, liegt die Stadt Landau genau richtig, da es sich hier um die Zukunft einer Kommune handelt. Die Stadt Landau könne sich nicht nur durch Behörden, Ämter und Einzelhandel ernähren, sondern es wird auch Gewerbe benötigt.

Der Vorsitzende macht nochmals deutlich, dass das Erstellung des Gewerbegebietes sich bestätigt hat. Es gibt 1.300 Arbeitsplätze und 2,5 Mio. Euro Gewerbesteuererinnahmen und Landau ist der Musterknabe im Süden.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hält den eingeschlagenen Weg und die Schwerpunkte, welche richtig akzentuiert sind, für richtig.

Ratsmitglied Schröer möchte, dass sich die Stadt für eine zeitnahe Realisierung des Regionalplanes positioniert.

Der Vorsitzende ließ über die beiden Wünsche der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abstimmen:

Die Mitglieder des Hauptausschusses stimmten einstimmig

- a) für die Positionierung der zeitnahen Realisierung des Regionalplanes Rhein-Neckar.
- b) Zum 3-spurigen Ausbau der B10 wird abgewartet, was bei dem Mediationsverfahren herauskommt.

Herr Bernhard regte an, dass man in der Stellungnahme nochmals unterstreicht, was die Stadt möchte.

Der Vorsitzende schlug vor, die Ansicht zum 3-spurigen Ausbau der B10 zu erwähnen, jedoch nicht in der Stellungnahme mit aufnehmen.

Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mit 14 Ja- und 1 Gegenstimme der Stellungnahme zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Informationen

Der Vorsitzende informierte, dass die Mittelzuweisung Kommunaler Entschuldungsfond zum 15. August 2012 erfolgte.



Die Niederschrift über die xx. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 14. August 2012 umfasst 25 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 149.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Stefanie Schuster
Schriftführerin

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete